

Allensbach gestalten –
Umwelt erhalten

Die Qual der Wahl

... kommt am **22. Oktober 1989** auf
Sie zu.

Damit Sie eine fundierte
Entscheidung treffen können,
stellen wir Ihnen unsere Meinung
und Forderungen zu ausgewählten
Themen vor:



Soziales:
Kinder
Jugend
Alter
Die Betroffenen
haben keine
Lobby
Seite 2-3
Sozialen Woh-
nungsbau auch
in Allensbach
ankurbeln
Seite 12

Umwelt:
Wer **A...** sagt,
muß auch
U... sagen
und
Naturschutz
vor Eigennutz
stellen
Seite 4-6

Verkehr:
Traue keinem
über 30 km/h
Seite 7
Vorfahrt für
Vernunft statt
Freie Fahrt
Seite 10-11
Umdenken -
Umsteigen auf
ÖPNV
Seite 12

Jusos:
Wehret den
Anfängen
Rechts-
extremismus
politisch
bekämpfen
Seite 8

Die Betroffenen haben keine Lobby

KINDER JUGEND ALTER



Eine Gemeindepolitik, die alle Generationen in ihre Überlegungen und ihr Handeln einbezieht, schafft ein lebendiges Gemeinschaftsleben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen deshalb mit der Bevölkerung und der Gemeinde die bereits bestehenden Möglichkeiten im sozialen Bereich besser nützen und dort, wo notwendig, Neues schaffen. Das soll in realistischer Einschätzung der Möglichkeiten, aber mit Phantasie und Ideen geschehen.

Aus diesen Überlegungen heraus haben wir einen Katalog verschiedener Verbesserungen ausgearbeitet, der unter anderem vorsieht, die Öffnungszeiten der Kindergärten auf die Bedürfnisse der Berufstätigen abzustimmen. Falls notwendig, muß neues Personal eingestellt werden. Die bereits bestehenden und in den Neubaugebieten noch anzulegenden Kinderspielplätze sollen der kindlichen Spielfreude besser angepaßt werden. Was spricht eigentlich dagegen, Kinder als "Sachverständige" in die Beratungen einzubeziehen? Auf den Spielplätzen sollen auch die beaufsichtigenden Eltern und Großeltern sich heimisch fühlen und miteinander ins Gespräch kommen können. Die Straßen und Plätze in unseren Wohngebieten sind so zu gestalten, daß Kinder gefahrlos diese Flächen als Erlebnisraum mitbenützen können.

Mit gegenseitiger Rücksichtnahme - auch durch die Autofahrer - muß dies möglich sein.

Wir möchten auch einen Versuch starten, Jugendliche an das kommunalpolitische Geschehen heranzuführen. Das ist schwierig, aber die Gemeinde kann doch versuchen, Jugendliche einzuladen, um aktuelle Themen mit ihnen zu diskutieren und ihre Anregungen aufnehmen. Ganz allgemein möchten wir Gemeindefesträume und Schulen vermehrt für Kinder-, Eltern- und Jugendgruppen öffnen. Auch die Jugendarbeit in den Vereinen ist intensiver zu unterstützen.



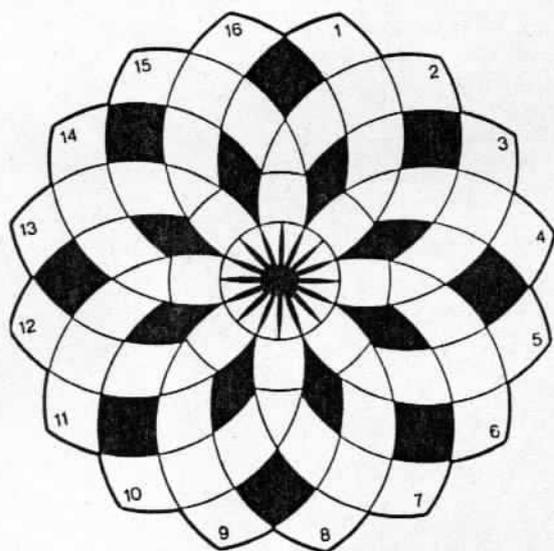
Im einzelnen ist die SPD in Allensbach dafür, für Jugendliche einen Disko-Bus zu organisieren. In Sigmaringen wurde ein solcher Bus eingerichtet - mit großem Erfolg. Er bringt die Jugendlichen (auch Ältere) spätabends von der Stadt in die umliegenden Gemeinden. Warum sollte dies für die Bodanrückgemeinden, wo ähnliche Verkehrsverhältnisse herrschen, nicht auch gelingen? Und wenn wir gerade beim Bus sind: Warum nicht einen Bus, der Kinder, Jugendliche, Familien wie Ältere zu den Konstanzer Schwimmbädern bringt?

Wir sind auch dafür, kreative Aktivitäten aller Altersgruppen zu unterstützen. Dazu gehören zum Beispiel Ausstellungen mit Werken von Jugendlichen, ähnlich wie dies bei der Hobby-Kunstaussstellung schon seit Jahren geschieht.



KINDER-ECKE

Die Rose



Von außen nach innen sind Wörter nachstehender Bedeutung zu bilden.

1 Turnermannschaft, 2 Zentrum, 3 Summe der Lebensjahre, 4 Mühe, 5 Wasserstandsmesser, 6 gegerbte Tierhaut, 7 Singvogel, 8 Norm, 9 Blutadern, 10 Warenausstellung, 11 Adelstitel, Freiherr, 12 reden, 13 verzeihende Güte, 14 Bündnis, Vereinigung, 15 Anstand, 16 Laubbaum.

Kannst Du gerecht teilen?

Von ihrem Vater erben vier Bauernkinder ein Grundstück mit einer Fichtenschonung. Das Grundstück soll so gerecht aufgeteilt werden, daß vier gleich große Stücke mit der gleichen Anzahl Bäume entstehen. Scharfist Du es?



UND DIE ÄLTEREN IN UNSERER GEMEINDE?

Unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger haben ein Recht auf Anerkennung ihrer Lebensleistung, auf materielle Sicherheit wie auch auf Anteil am gesellschaftlichen Leben in der Gemeinde. Ältere Menschen haben auch ein Recht auf Weiterbildung, kulturelle Betätigung und gesellschaftliche Verantwortung.

Nach unseren Vorstellungen sollen ältere Menschen als Sachkundige im Gemeinderat in die Beratungen einbezogen werden. Dies vor allem bei Themen, die sie betreffen. Wir denken dabei an Wohnungsbau, Wege- und Straßenführung, Bushaltestellen und Müllgebühren. Ein wichtiges Thema, das inzwischen vom Bund, dem Land und einer Reihe Gemeinden schon aufgegriffen worden ist, ist die Errichtung altengerechter Wohnungen im Ortskern, verbunden mit dem Angebot ambulanter Dienste. Solche Wohnungen, das hat sich an derswo gezeigt, gehören nicht auf die grüne Wiese sondern mitten hinein in die Gemeinde.

In diesem Zusammenhang sind die in der Altenhilfe, der Betreuung kranker und behinderter Menschen tätigen caritativen Gruppen und Organisationen verstärkt durch die Gemeinde zu unterstützen. Auch an eine Förderung des Seniorensports ist zu denken. Eine Kleinigkeit aber eine große Hilfe ist die Verbesserung der Gehwege, damit Rollstuhlfahrer aber auch Kinderwagen auf ihnen leichter fahren können.

Wir sehen, auf dem Gebiet ist noch viel zu tun.

Große Aufgaben und viele kleine liegen vor der Gemeinde, solche für die Zukunft und solche, die schon morgen erfüllt werden können.

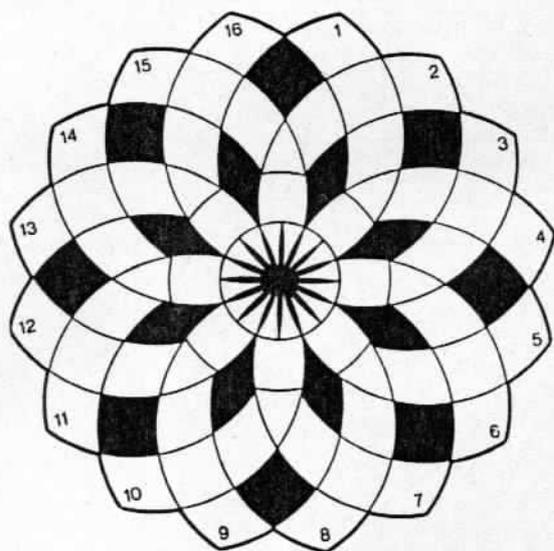
Im einzelnen ist die SPD in Allensbach dafür, für Jugendliche einen Disko-Bus zu organisieren. In Sigmaringen wurde ein solcher Bus eingerichtet - mit großem Erfolg. Er bringt die Jugendlichen (auch Ältere) spätabends von der Stadt in die umliegenden Gemeinden. Warum sollte dies für die Bodanrückgemeinden, wo ähnliche Verkehrsverhältnisse herrschen, nicht auch gelingen? Und wenn wir gerade beim Bus sind: Warum nicht einen Bus, der Kinder, Jugendliche, Familien wie Ältere zu den Konstanzer Schwimmbädern bringt?

Wir sind auch dafür, kreative Aktivitäten aller Altersgruppen zu unterstützen. Dazu gehören zum Beispiel Ausstellungen mit Werken von Jugendlichen, ähnlich wie dies bei der Hobby-Kunstaussstellung schon seit Jahren geschieht.



KINDER-ECKE

Die Rose



Von außen nach innen sind Wörter nachstehender Bedeutung zu bilden.

- 1 Turnermannschaft, 2 Zentrum, 3 Summe der Lebensjahre, 4 Mühe, 5 Wasserstandsmesser, 6 gegerbte Tierhaut, 7 Singvogel, 8 Norm, 9 Blutadern, 10 Warenausstellung, 11 Adelstitel, Freiherr, 12 reden, 13 verzeihende Güte, 14 Bündnis, Vereinigung, 15 Anstand, 16 Laubbaum.

Kannst Du gerecht teilen?

Von ihrem Vater erben vier Bauernkinder ein Grundstück mit einer Fichtenschonung. Das Grundstück soll so gerecht aufgeteilt werden, daß vier gleich große Stücke mit der gleichen Anzahl Bäume entstehen. Scharfist Du es?



UND DIE ÄLTEREN IN UNSERER GEMEINDE?

Unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger haben ein Recht auf Anerkennung ihrer Lebensleistung, auf materielle Sicherheit wie auch auf Anteil am gesellschaftlichen Leben in der Gemeinde. Ältere Menschen haben auch ein Recht auf Weiterbildung, kulturelle Betätigung und gesellschaftliche Verantwortung.

Nach unseren Vorstellungen sollen ältere Menschen als Sachkundige im Gemeinderat in die Beratungen einbezogen werden. Dies vor allem bei Themen, die sie betreffen. Wir denken dabei an Wohnungsbau, Wege- und Straßenführung, Bushaltestellen und Müllgebühren. Ein wichtiges Thema, das inzwischen vom Bund, dem Land und einer Reihe Gemeinden schon aufgegriffen worden ist, ist die Errichtung altengerechter Wohnungen im Ortskern, verbunden mit dem Angebot ambulanter Dienste. Solche Wohnungen, das hat sich an derswo gezeigt, gehören nicht auf die grüne Wiese sondern mitten hinein in die Gemeinde.

In diesem Zusammenhang sind die in der Altenhilfe, der Betreuung kranker und behinderter Menschen tätigen caritativen Gruppen und Organisationen verstärkt durch die Gemeinde zu unterstützen. Auch an eine Förderung des Seniorsports ist zu denken. Eine Kleinigkeit aber eine große Hilfe ist die Verbesserung der Gehwege, damit Rollstuhlfahrer aber auch Kinderwagen auf ihnen leichter fahren können.

Wir sehen, auf dem Gebiet ist noch viel zu tun.

Große Aufgaben und viele kleine liegen vor der Gemeinde, solche für die Zukunft und solche, die schon morgen erfüllt werden können.

Wer Allensbach sagt, muß auch Umweltschutz sagen

Auch wenn wir in Allensbach noch kein "Umweltamt" haben, so soll doch jede kommunale Aufgabe auf ihre Umweltverträglichkeit und vorbildhaftes Energiesparen überprüft werden.

LANDSCHAFTSSCHUTZ

Bodanrück und Bodenseeufer sind gleichermaßen ökologisch besonders wertvolle Landschaftsteile.

BODANRÜCK

Zur Erhaltung von Tier und Pflanzenwelt sind im Landschaftsplan für den Verwaltungsraum Konstanz-Allensbach-Reichenau Empfehlungen genannt, wie die Landschaft als Lebensgrundlage und Erholungsraum geschützt und gepflegt werden können. (Der Landschaftsplan wurde im Auftrag der Verwaltungsgemeinschaft Bodanrück-Untersee mit Billigung und Förderung durch das Umweltministerium Baden-Württemberg aufgestellt.) Wir werden uns dafür einsetzen, daß diese Empfehlungen verstärkt beachtet werden und bei Neuplanungen volle Berücksichtigung finden. Insbesondere die Ausweisung und Erweiterung von schützenswerten Gebieten wie Feuchtgebiete, Bachzonen, Bann- und Schonwälder mit seltener Flora und Fauna wird von uns unterstützt. Durch Biotop-Verbundsystem sollen für die Tier- und Pflanzenwelt Naturinseln in der Kulturlandschaft bleiben und erweitert werden.

Für Allensbach fördern wir:

- Fortführung unseres Initiativ-Programms zur Begrünung innerhalb der Ortskerne mit Hilfe von Gemeindegremien für private Eigentümer (Hausbegrünung: vom Rosenhochstamm bis zur Wandkletterpflanze, um den tristen Fußwegasphalt zu unterbrechen)
- Baumbegrünung des Allensbacher Industriegebietes
- Wiederanpflanzung von Hecken und Feldgehölzen an Böschungen, Feldrainen und Bächen
- Ergänzung der von uns initiierten Streuobst-Hochstammwiederanpflanzungen an den Ortsrändern
- Erstellung eines Förderprogramms für Landwirte, um bestimmte landwirtschaftliche Flächen weniger intensiv zu bewirtschaften (finanzielle Unterstützung und Erwerbsausgleich für extensivere Bewirtschaftung in Naturschutz- und Wassergewinnungsgebieten)
- keine weitere Ausdehnung und Erweiterung des Wildparks als Freizeit und Vergnügungspark; notfalls Beseitigung nicht genehmigter Anlagen
- Erhalt von natürlichen Lebensräumen auf Brachflächen, Trockenrasen in Feuchtgebieten

und an Bachläufen. Keine weitere Auffüllung oder Bebauung von Feuchtgebieten; im Planungskonfliktfall müssen vollwertige Ersatzbiotopie geschaffen werden- Wir wollen ein Maßnahmenprogramm zur Förderung der Biotopvernetzung ...auch über Allensbach hinaus.

- Ankauf von "Naturinseln" durch die Gemeinde unter Verwendung von Fördermitteln
- Reduzierung des Kiesabbaus und -transports in die Schweiz



BODENSEEUFER

Für den Bodensee als Trinkwasserspeicher ist es notwendig, daß seine Flachwasserzonen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Dazu gehört der Erhalt der Schilfbestände, weil diese die Selbstreinigungskraft des Sees stärken. Nach dem Bodenseeuferplan wurden die Flachwasserzonen je nach ihrer limnologischen Bedeutung in zwei unterschiedliche Schutzzonen unterteilt. Schutzzone I verlangt den absoluten Schutz der noch intakten Uferabschnitte.

Deshalb fordern wir:

- Verbot für Sportmotorboote auf dem Gnadensee, um weitere Verschmutzung des Gnadensees mit Kohlenwasserstoffen (Ölrückstände) zu verhindern; außerdem soll die Verlärmung des Gnadensees dadurch verhindert werden.
- keine Freizeitgärten an den Ufern der Flachwasser-Schutzzonen I
- Minimierung des Gefahrguttransports auf der B33 alt solange nicht durch bauliche Maßnahmen Möglichkeiten zum Auffangen und Ableiten von Gefahrstoffen geschaffen wurden. Gifte dürfen nicht ins Grundwasser oder in den Gnadensee gelangen. Auch eine zukünftige B 33 neu (egal ob Ausbau- oder Hochspannungstrasse) muß mit besten Grundwasserschutzwannen ausgestattet sein.

... und Naturschutz vor Eigennutz stellen

BOJENFELDER oder HAFEN?

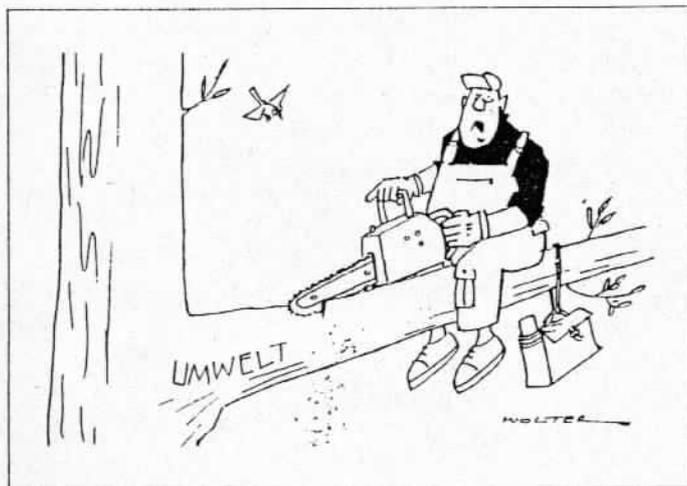
Die großen Bojenfelder vor den Uferzonen sind weder ökologisch erstrebenswert noch optisch besonders reizvoll, auch nicht die "Beibootgarnierung" des Ufervorlandes. Nach der jahrelangen Auseinandersetzung um einen möglichen Hafendort scheint nach bisheriger Expertenanhörung nur ein Lände-Hafen (jetzige Schiffsanlegestelle) möglich zu sein. Wir befürworten daher, durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) alle ökologischen und infrastrukturellen Vor- und Nachteile dieses Standortes umgehend zu klären. Die Kosten für dieses Gutachten sind von der Gemeinde zu tragen. Aus unserer heutigen Sicht kann dieser Standort befürwortet werden, wenn keine schwerwiegenden Bedenken im UVP festgestellt werden und das Parkplatzangebot nicht erweitert wird. Ein Restbojenfeld wird bestehen bleiben müssen, da nicht alle Boote im Hafen untergebracht werden können oder wollen.



WASSERVERSORGUNG

Unsere Forderungen:

- Brauchwasser und Trinkwasser sollen bei neuen öffentlichen Gebäuden (Sporthalle!) getrennt werden. Es ist nicht einzusehen, warum für die Toilettenspülung Trinkwasser verwendet wird.
- Der Einbau von privaten Wasserspeichern (Zysternen) soll durch die Gemeinde gefördert werden, um den Wasserverbrauch zu reduzieren.
- Brunnenverlegung: Seit mehr als 6 Jahren plant die Gemeinde die Erweiterung des Brunnens bei Hegne. Da im hydrogeologischen Gutachten im Zusammenhang mit der B33neu Untersuchung festgestellt wurde, daß dieser Standort des Brunnens ohnehin ungünstig ist, setzen wir uns dafür ein, daß ein neuer Standort gewählt wird, der weder durch eine Ausbautrasse (noch durch eine "Hochspannungstrasse") gefährdet werden kann. Die Gutachter verweisen hier auf einen Standort nordwestlich von Hegne.
- Erweiterung der bisher teilweise getrennten Wassernetze der Teilorte zu einem Gesamtverbundnetz mit zentraler elektronischer Regel- und Überwachungseinrichtung/-dicke Wassernetze sind Garant für wenig Wasserverbrauch, daher ständige Kontrolle erforderlich



„Geh mir doch weg mit eurer grünen Gefühlsduselei! Hauptsache, ich habe Arbeit – oder?“

ENERGIESPAREN

Unsere Forderungen:

- Wie beim Neubau oder Altbau Energie gespart werden kann, sollten alle Bürger durch eine kostenlose kommunale Energiesparberatung erfahren können.
- Förderung der Energienutzung bei allen Gebäuden, d.h.: lieber höhere Investitionskosten jedoch niedrigere Unterhaltskosten
- alternative Energiegewinnung:
 - beim Bau der Halle im Sportzentrum (von SPD-Fraktion bereits im Gemeinderat vorgeschlagen)
 - Pilotprojekt Biomasse/gas bei landwirtschaftlichen Betrieben
- Beleuchtungssparmaßnahmen durch elektr. Steuerungen und energiesparende Leuchten
- umgehender Vollausbau von regelungstechnischen Anlagen bei Öffentlichen Einrichtungen, um teure Tagesverbrauchsstromspitzen zu vermeiden (Beispiel: Wasserversorgung --> nur mit Nachtstrom in die Hochbehälter pumpen!)
- Der Konzessionsvertrag, den die Gemeinde 1988 langfristig mit dem Badenwerk geschlossen hat, ist für die Gemeinde nicht günstig genug geändert worden. Nach einer Novellierung des Energiehaushaltsgesetzes im Dt. Bundestages sollte hier eine Verbesserung erreicht werden; u.a. soll es möglich werden, daß auch privat gewonnene Energie ins Netz eingespeist werden kann.

MÜLLENTSORGUNG

Wir sorgen weiterhin für ein umfassendes Recyclingkonzept und wollen alle kommunalen Möglichkeiten zur Müllvermeidung nutzen. Nachdem in unserer Gemeinde gute Fortschritte beim Einsammeln von Altglas und Altpapier erzielt wurden, sollte zukünftig auch an Kunststoffe gedacht werden.

Unsere Forderungen:

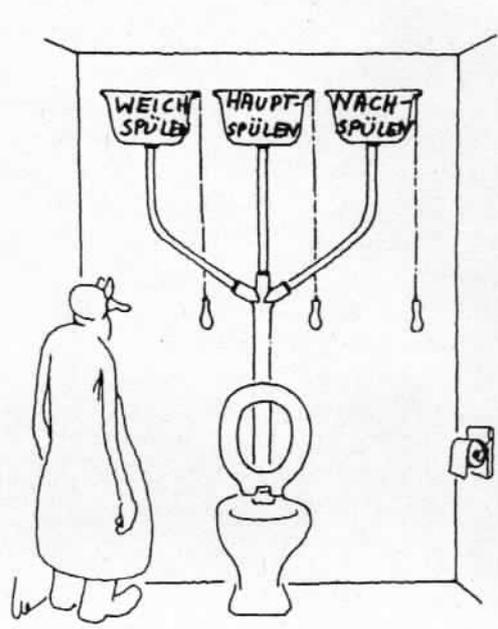
- Ständige weitestgehende Aufklärung der Bevölkerung über
 - Problem- und Giftstoffe
 - umweltbewußtes Einkaufsverhalten
 - Müllvermeidung
 - Müll-Entsorgung
- Insbesondere sollen Kindergärten, Schulen und Einzelhandel, Gastronomie und Gewerbe ständig von der Gemeindeverwaltung im Hinblick auf Müllvermeidung aufklärend beeinflusst werden.
- Verbesserung der Wertstoffeinsammlung bei der Müllabfuhr; insbesondere muß erreicht werden, daß nicht komplette Fahrräder, Herde, Kühlschränke auf der Mülldeponie landen, sondern beim Schrotthändler. Kühlschränke müssen zuvor speziell entsorgt werden wegen des darin enthaltenen Ozonkillers Frigen (Entsorgung seit Mai 89 durch unsere Initiative eingeführt).
- Die Zeiten für die Abgabe von Problemmüll müssen auch so gewählt werden, daß Berufstätige diese nutzen können.



"Na, was antwortet uns die Verpackungsindustrie?"

ABWASSER

Saubere Gewässer und Grundwasser sind die Grundlage einer sicheren Wasserversorgung.



Unsere Forderungen:

- Ausbau des Trennsystems: Regenwasser und Hausabwässer sollen nicht zusammen abgeleitet werden. Regenwasser braucht nicht bis und durch das Klärwerk gepumpt zu werden.
- Abwassernetze sind ständig auf Dichtigkeit zu überprüfen, um Grundwasserverunreinigungen zu vermeiden.
- aus ökologischen Gründen (Oberflächenversiegelung führt auch zu mehr Abwassererzeugung) und gerechterweise sollte die Abwassergebühr nach Wasserverbrauch und gemäß anteiliger versiegelter Fläche der jeweiligen Wohnbebauung berechnet werden.
- Wir befürworten den baldigen Ausbau der 3. Klärstufe des Konstanzer Klärwerkes an dem die 4 Gemeinden (KN-AL-RE und Kreuzlingen) angeschlossen sind.
- Aufklärung der Bevölkerung über Gewässerschutz und Abwasserverbesserungen, z.B: keine Arzneien, Farben Öle u.a. ins Abwasser schütten
- auch aus Gründen des Gewässerschutzes sind wir gegen Streusalzeinsatz im Winter; nur in extremen Fällen (z.B. Treppen) kann mitunter nicht verzichtet werden.



Seit April ist es nun soweit: In der Kurve zwischen Wiesenstraße und Zur Breite wurde, wie es zeitgemäß schmunzelnd genannt wurde, das "Osterei" rechtzeitig zum Fest aufgemalt. Die Schilder kamen kurz darauf an die Einfahrtsstraßen; nun hatte Kaltbrunn das ersehnte Tempo 30!

Verkehrsbe-
ruhigung
in
Kaltbrunn

Die Kurve, die von fast allen direkten Anwohnern als gefährlich bezeichnet wird, soll, damit die Mittelschraffierung überhaupt ihren Sinn und Zweck erfüllt, ein Parkverbot am rechten Seitenstreifen bekommen. Auch ohne Schild sollte sich jeder Autofahrer über den Unsinn seiner Parkplatzwahl im Klaren sein. Warum ist wohl die Schraffierung da? Nicht damit die Autos quer darüber, sondern zwischen Bürgersteig und aufgemalter Fläche fahren! Dies können sie natürlich noch, wenn Autos dort am Rande parken; überhaupt kann so niemand ungehindert den Bürgersteig benutzen — Mütter mit Kindern, Kinder mit kleinen Rädchen sind gezwungen, die schmale Durchfahrt, die auch die Autos zwingt, auf die Schraffierung zu fahren, zu betreten.

Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf das in-

zwischen überall diskutierte Tempo 30 würde, wenn es beachtet wird, großartig sein! Es zeigt sich nun nach einer dreimonatigen Zeit, daß die Kurve, sofern sie nicht zugeparkt ist, durch die Schraffierung entschärft ist. Die

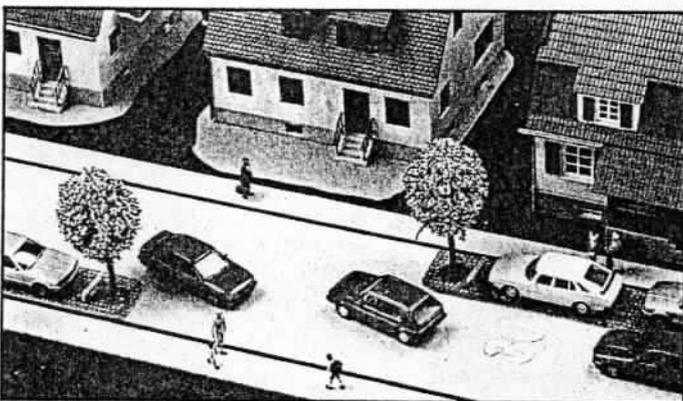
meisten Autofahrer halten sich an ihre Fahrbahnseite, das Tempo wird verringert und somit ist eine Verbesserung für die Sicherheit der Kinder gewährleistet., zumal sich diese mit ihren Fahrrädern ebenfalls richtig einordnen.

Bleibt noch die Geschwindigkeit: Oft sind es gerade die Anwohner, die in gewohnter Manie recht flott durchbrausen! Sollte es uns nicht möglich sein, aufeinander Rücksicht zu nehmen? Müssen denn erst Tempobremsen eingebaut sein, um die Autofahrer zu erinnern?

Und mein besonderes Anliegen gilt den Erwachsenen, die mit ihren Kindern an der Hand quer durch die Kurve marschieren. Wir Eltern sind Vorbilder. Die täglichen Wege, die wir mit unseren Kindern machen, prägen sich ihnen ein, werden zu ihrem eigenen Verhalten; und es ist uns doch so wichtig, sie zu selbständigen Verkehrsteilnehmern zu erziehen, die sicher durch die Welt kommen!

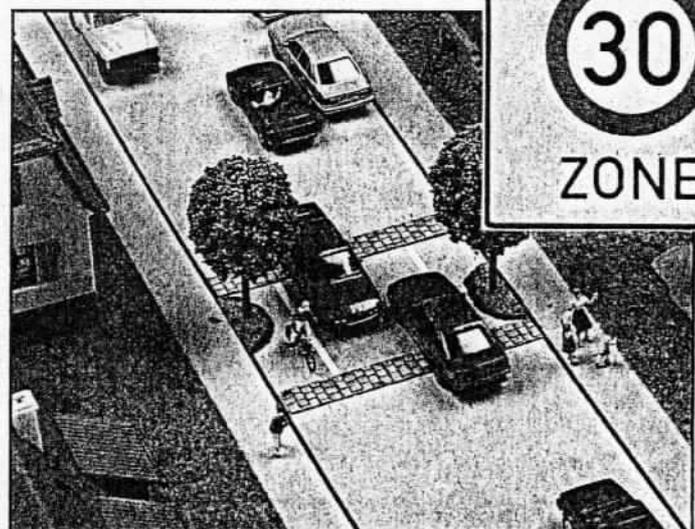
Renate Hipp

Tempolimit: Notbremse für unsere Umwelt



So entschärft man »Rennstrecken«

Wo kreuzende Nebenstraßen fehlen, müssen die Behörden in Zukunft das Tempo der Autos auf andere Weise bremsen. Zum Beispiel durch versetzt angeordnete Parkplätze. Sie nehmen der Fahrbahn den gefährlichen »optischen Durchschuß«; Straßen, die vorher breit und schnurgerade waren, wirken durch diesen Trick plötzlich tempo-dämpfend. Zur Erinnerung kann man »Tempo 30« auch aufs Pflaster malen. Ganz falsch wären extreme Engpässe. Solche Stellen reizen erst recht zum Gasgeben: Bei nahendem Gegenverkehr möchten viele schnell als erste durchschlüpfen.



Solche Tempobremsen werden jetzt Pflicht

Denn überall dort, wo trotz Beschilderung schneller als erlaubt gefahren wird, schreibt der Gesetzgeber in Zukunft »bauliche Maßnahmen« vor. Das erinnert die Autofahrer deutlich daran, daß sie in einer Tempozone unterwegs sind. Trotzdem muß auch weiterhin eine »stetige Fahrweise« ohne Anhalten und Wiederauffahren möglich sein; zwei Autos müssen in langsamem Tempo aneinander vorbeikommen.

SPD

und Jugend



Wehret den Anfängen

Das überaus erfolgreiche Abschneiden der rechtsradikalen Parteien bei der Europawahl in Baden-Württemberg läßt aufhorchen. In unserer Gemeinde erzielten sie 6,2% bzw. 183 Stimmen. Vor allem der statistisch nachgewiesene hohe Anteil an Jung- bzw. Erstwählerstimmen müßte jeden Demokraten erschrecken.

Mit welchen Mitteln ziehen die sogenannten Republikaner, die den Löwenanteil der Protestwähler und der rechtsradikal Gesinnten zu verzeichnen haben, gerade die Jungwähler auf ihre Seite? Mit welchen Argumenten begründet der Jugendliche sein Votum für die ?Reps?

Gut anzukommen scheint das Schlagwort der "Überfremdung". Damit wollen die ?Reps? Probleme wie Arbeitslosigkeit, steigende Kriminalität sowie den Verlust ethischer Werte erklären.

Ein einfacher Vergleich widerlegt jedoch dieses Scheinargument: Der Ausländeranteil der BRD liegt mit 7,4 % der Bevölkerung deutlich unter dem anderer europäischer Staaten, wie z.B. Frankreich mit 8,1%, Belgien mit 9% und die Schweiz mit 15,3%. Drei von fünf Ausländern leben schon länger als 10 Jahre in der BRD, ein Großteil der jugendlichen Ausländer wurde hier geboren. Zu der konstruierten Verbindung zwischen Ausländern und steigender Kriminalität läßt sich die Feststellung des Bundeskriminalamtes vom vergangenen Herbst anführen, wonach der Vorwurf einer Kriminalisierung von Ausländern völlig unberechtigt ist.

Ein weiteres, von den ?Reps? gepflegtes Vorurteil zum Thema Ausländer behauptet, daß diese die Sozialleistungen "auffressen" und Arbeitsplätze wegnehmen würden. Tatsache jedoch ist, daß die deutsche Wirtschaft die Ausländer als Arbeitskräfte benötigt und daß sie einen wichtigen Wirtschaftsfaktor als Verbraucher/Konsumenten deutscher Erzeugnisse darstellen. Und dadurch erhalten sie wieder Arbeitsplätze. Von einem Auffressen unserer Sozialleistungen kann in der BRD nicht die Rede sein, wenn die aus-

ländischen Mitbürger jährlich zwischen 8 und 10 Milliarden in die Rentenversicherung und über 10 Milliarden DM an Steuergeldern bezahlen.

Nun zu einem anderen Gesichtspunkt: Immer wieder beteuern die ?Reps?, daß sie ja gar keine rechtsradikale Partei seien und sich durchaus im Rahmen der Verfassung bewegten. Jeder Vergleich mit den Nationalsozialisten wird mit Empörung zurückgewiesen. Doch belehren uns Aussagen führender ?Reps? und deren Parteiprogramm schnell eines Besseren. Die Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut ist nicht von der Hand zu weisen. Auch beweisbare personelle Verbindungen der ?Reps? zur NPD und anderen faschistischen Organisationen (z.B. mit der rechtsradikalen Wiking-Jugend und der FAP) berechtigen uns dazu die ?Reps? dem rechtsradikalen und verfassungsfeindlichen Spektrum zuzuordnen. Denn kann man eine Partei verfassungskonform nennen, deren Programm, deren führende Mitglieder die Zensur von Presse und bestimmten Fernsehsendungen fordern (z.B. "Kennzeichen D"), die eine extrem gewerkschaftsfeindliche Haltung an den Tag legen, wenn sie die Einschränkungen von Gewerkschaftsrechten verfolgen. Dies stellt eine deutliche Mißachtung wichtiger Grundsätze des Grundgesetzes (Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit) dar, und es belegt deutlich die antidemokratischen Ziele der sogenannten Republikaner.

Wir Jusos wenden uns außerdem entschieden gegen eine von ?Rep?-Führer Schönhuber und Partei(zuge)hörigen vertretene Vorstellung von der Rolle der Frau in unserer Gesellschaft. Sie knüpft eindeutig an das Frauenbild der Nazis an, die auch schon damals die Frau auf ihre "natürlichen" Funktionen (Haushalt, Mutter) beschränkt haben.

Im Hinblick auf die wichtigen Wahlen in den kommenden zwei Jahren muß davor gewarnt werden, eine solche rechtsradikale Partei "aus Protest" zu wählen. Ein derart leichtfertig abgegebener "Denkzettel" für die etablierten Parteien kann zu einem bösen Erwachen führen.

Bernhard Müllauer / Jusos Allensbach

Kampagne

Die „Aktion für soziale Demokratie in Europa“ ist bestürzt über den Wahlerfolg der rechtsextremen „Republikaner“. Alarmierend daran ist vor allem, daß die „Republikaner“ ihre programmatische Aussage auf ausländerfeindliche Parolen reduzieren.

Nach Auffassung der Initiative ist eine Kampagne aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus notwendig.

Gefordert ist aber auch eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Interesse aller Menschen, die in der Bundesrepublik leben. Die Politik des Sozialabbaus und die verfehlte Arbeitsmarkt- und Wohnungsbau- politik der Konservativen machen es rechten Bauernlängern leichter, auf Stimmenfang zu gehen.



Interview: Rosemarie Frei

von Ilse Willauer

Rosemarie Frei, 1942 in Freiburg geboren, wuchs in Konstanz auf. Nach dem Besuch der Klosterschule Zoffingen absolvierte sie eine Verwaltungslehre im Arbeitsamt Konstanz. Viele Jahre war sie anschließend in den Bereichen Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung bei den Arbeitsämtern Freiburg und Konstanz tätig.

Die in der Familie erhaltene christliche Erziehung und die frühe Konfrontation mit menschlichen Problemen - durch die Berufsarbeit - waren ausschlaggebend für den weiteren beruflichen Werdegang von Rosemarie Frei, der sie in die Arbeit der Rehabilitation führte und zu der Tätigkeit als Sozialberaterin in den Kliniken Schmieder.

1973 Übersiedlung nach Allensbach, 1976 Eintritt in die SPD und seit 1980 Mitglied des Vorstands des SPD-Ortsvereins Allensbach. Seit 1983 im SPD-Kreisvorstand und 1987 - nach dem Tode von Fritz Weißhaupt - in den Kreistag nachgerückt.

KLEEBLATT: "Rosemarie, durch Deine berufliche Tätigkeit lag es nahe, im Kreistag im Sozialausschuß mitzuarbeiten. Welchen Problemen, welchen Themen hast Du Dich besonders angenommen?"

R. FREI: "Ich wollte unbedingt in den Sozialausschuß, obwohl mir die SPD-Fraktion den Verwaltungs- und Finanzausschuß angeboten hatte. Ich war überzeugt - und habe auch die Bestätigung erhalten -, daß ich fachlich einiges einbringen kann.

Voll engagiert habe ich mich bei dem strittigen Thema 'Bücker-Werkstatt', einer Einrichtung für psychische Kranke, die nach Ansicht von Landrat Maus nicht in die üblichen Finanzierungsmodelle paßt. Ich finde es so wichtig, daß gerade neue, noch zu erprobende Modelle unterstützt und gefördert werden. Dazu sind Zuschüsse nötig und die fließen nun auch! Dafür werde ich mich auch immer wieder aufs Neue einsetzen. Da spüre ich einfach, wie meine berufliche Erfahrung in mein politisches Denken einfließt."

KLEEBLATT: "Im Kreistag sind die politischen Gegensätze spürbar - ist die SPD in der Minderheit. Kann sich SPD-Politik trotzdem durchsetzen? Kannst Du Beispiele nennen, wo ihr Euch durchgesetzt habt und wo ihr unterlegen seid?"

R. FREI: "Die Initiative der SPD und der Grünen zum Müllbeseitigungskonzept (Abfallverminderung) und zur Verbesserung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs sind nach langer und hartnäckiger Diskussion auch von den anderen Fraktionen aufgenommen worden. Heute gehören diese Themen zum festen Arbeitsprogramm des Kreistags, wobei wir noch lange nicht am Ziel sind.

Absolut negativ war für mich die erneute Ablehnung einer Frauenbeauftragten für den Landkreis Konstanz. Es war einfach klar, daß die dominierende Männerfraktion CDU keine Frauenbeauftragte wollte und deshalb nach Anhörung der drei Frauenbeauftragten aus anderen Landkreisen keine weitere Diskussion stattfand. Da wurde von Herrn von Trotha ein langes Statement abgegeben - so nach dem Motto 'Die Frauen sind doch bestens betreut und versorgt' - Neue Erkenntnisse waren nicht da und der Rest seiner Fraktion schwieg. Trotz der Ablehnung - die Mehrheitsverhältnisse! - gebe ich die Hoffnung nicht auf. Es gibt so gute Argumente dafür, und ich werde mich im Kreistag weiterhin für eine Frauenbeauftragte auf Landkreisebene einsetzen."

KLEEBLATT: "Der Kreistag ist mit 63 Männern und sechs Frauen

letztendlich ein Männergremium. Wie fühlst Du Dich in dieser Runde?"

R. FREI: "Ich muß noch ergänzen, von den 63 Männern sind 22 Bürgermeister, und das spielt auch eine Rolle bei der Frage. Anfangs fühlte ich mich unter lauter 'Polit-Profis' und war geradezu erschlagen von den Reden. Als ich mich dann eingearbeitet hatte und über die Redebeiträge genauer nachgedacht habe - na ja, da war viel Luft drin (nach dem Motto des Bundeskanzlers: Ich red' ja nur, ich sag' ja nichts - Anm. d. Red.). Jetzt fühle ich mich schon ganz gut. Nur - da ich eigentlich nur rede, wenn ich von der Sache her gute Argumente bringen kann - geht es mir fürchterlich auf den Geist, wenn andere meinen, sie müßten zu allen Themen ihre Meinung sagen."



IMPRESSUM:

Hrsg.: SPD-Ortsverein
Allensbach
Red.: Christa Ulmer
Rosemarie Frei
Heinz Baumann
Rainer Heidenreich
Anschrift der Redaktion:
Wiesenstr. 11
7753 Allensbach
Druck: Romer, KN

Kreisstraßen

»Ortsdurchfahrt **Kaltbrunn**: Diese Ortsdurchfahrt wurde auf unsere Initiative hin weitgehend dorfgerecht ausgebaut und begrünt. CDU/FWG verhinderten eine weitergehende Geschwindigkeitsreduzierung dieser Straße, da sie sich gemeinsam für den überbreiten Ausbau einsetzten und andere verkehrsverlangsamende Maßnahmen ebenfalls ablehnten. Die inzwischen laut werden den Klagen Kaltbrunner Bürger über zu hohe Durchfahrtsgeschwindigkeiten nehmen wir besorgt auf und werden verkehrsverlangsamende Maßnahmen auch weiterhin fordern.

»Ortsdurchfahrt **Langenrain**: Noch rasanter ist die Ortsdurchfahrt in Langenrain, so daß die betroffenen Bürger zu recht darüber klagen. Auch hier ist die zu große Straßenbreite Hauptursache für Geschwindigkeitsüberschreitungen. Auch hier setzen wir uns im Zusammenhang mit dem Radwegausbau von Dettingen nach Liggeringen für eine wesentliche Reduzierung der Breite der L220 sowie zusätzliche bauliche Maßnahmen (Verkehrinsel an den Ortseingängen) ein.

»Ortsdurchfahrt **Hegne**: Der dorfgerecht Ausbau der Ortsdurchfahrt ist in verkehrlicher und optischer Hinsicht gut gelungen. Wir wollen, daß auch im Bereich des Klosters (von Schwarzenbergstr. bis Marianum ein Fußweg ausgebaut wird, insbesondere zur Sicherung des Fußweges der Schüler.

Ortsstraßen:

- Der Endausbau der Hochstraße ist bereits planerisch fertig und die finanz. Mittel sind im Haushaltsplan eingestellt. Die Durchführung der Baumaßnahme soll erfolgen sobald die Erweiterung des Baugebiets Röhrenberg (südlich des neuen Friedhofs) abgeschlossen ist. Wir fordern auch hier Geschwindigkeitsreduzierung durch bautechn. Maßnahmen (Unterbrechung des Straßenasphalts durch Querpflasterung mit geräuscharmen glatten Betonpflaster oder Platten).

- Die Radolfzellerstraße sollte mit verkehrsverlangsamenden Maßnahmen umgebaut werden. Auch Pflasterungen im Bereich Kirche/Löwen/Rathaus sowie im Bereich des Gasthauses Engel werden von uns aus verkehrlicher und städtebaulicher Sicht befürwortet. Eine Bushaltestelle im Bereich Sparkasse ist vorzusehen. Die Sicherheit der Radfahrer in der Radolfzellerstraße muß erhöht werden.

- Nach den vielen Straßenausbauten in der Gesamtgemeinde in den letzten Jahren sehen wir für die nächsten Jahre nur noch sehr begrenzte Notwendigkeiten für weitere Straßenerneuerungspläne. Lediglich die Hinnengasse und der Strandweg sind noch als Fußgängerzone ausbaubedürftig.

Rad- und Fußwege

Die Ergänzung des Radweges Allensbach-Kaltbrunn soll noch 89 endlich erfolgen; die finanz. Mittel sind im Haushaltsplan festgeschrieben.

Für die Strecke Liggeringen bis Dettingen wird zur Zeit eine möglichst landschaftsschonende und zugleich "erholungssuchend interessante" Wegführung geplant. Dieser Weg ist Teil des Bodenseerundweges und wird vom Land finanziert.

Wir fordern auch eine Vervollständigung des Radweges entlang der B 33 von Waldsiedlung nach Wollmatingen sowie von Allensbach durchgehend bis Markelfingen.

Auch sowas ist möglich: ... !

Samstag, 3. Juni 1989

SK

Radweg Möggingen-Güttingen:

Hier neuen Belag ausprobiert !

Auch mit landwirtschaftlichen Maschinen befahrbar :

Radolfzell jbr. Nach zehnjährigem Ringen um die beste Lösung wurde nun der Ausbau der Kreisstraße 6166 zwischen den Ortsteilen Möggingen und Güttingen dem Verkehr übergeben. Zugleich wurde auch parallel zur Straße ein neuer Rad- und Fußweg gebaut.

In den vergangenen Jahren hatten sich die Stadt Radolfzell, der Landkreis, das Straßenbauamt, das Regierungspräsidium Freiburg und Naturschützer um verschiedene Pläne zum Ausbau der wenig befahrenen Straße gestritten. Vor allem der Mögginger Ortschaftsrat hatte stets den Bau eines separaten Radweges gefordert, um das Radfahren zwischen den Ortsteilen attraktiv zu machen, vor allem auch für Schüler. Die gebaute Straße und der Radweg entsprechen nun allen Vorstellungen der verschiedenen am Bau beteiligten Behörden und der Naturschützer.

Da einige Stellen der Straße an Gebieten mit starkem Amphibienaufkommen vorbeiführen, wurden besondere Rampen an den Randsteinen angebracht, um den Fröschen und Kröten das Überqueren der Straße zu erleichtern. Großer Wert wurde auch beim neuen Radweg auf die Umweltverträglichkeit gelegt.

„Der Weg wurde mit einem speziellen Kalkmörtelbelag versehen, der das Wasser durchläßt aber dennoch das Befahren mit landwirtschaftlichen Maschinen zuläßt“, erklärte Möggingens Ortsvorsteher Erich Kaiser bei der Übergabe des Weges. Diese umweltschonende Bauweise sei im Landkreis Konstanz bislang einzigartig, eine Art „Pilotprojekt“, wie Kaiser meinte.

Die Kosten für den Kalkmörtelbelag liegen nur unwesentlich über den Kosten für einen Teerbelag.



Nur Fliegen ist schöner

SOZIALER MIET- WOHNUNGSBAU

- auch in ALLENSBACH -

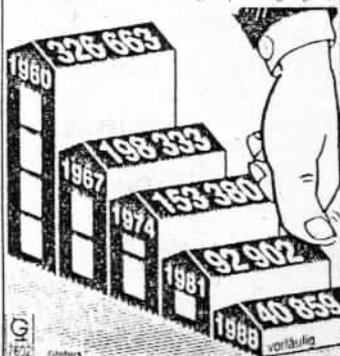
SOZIALER MIETWOHNUNGSBAU IN ALLENSBACH - eine wichtige Forderung der SPD im Kommunalwahlprogramm.

Für die "Häuslesbauer" hat die Gemeinde in den letzten Jahren viel getan. Neue Baugebiete wurden erschlossen. Die Kreativität der Bauherren kann man derzeit im Neubaugebiet "Himmelreich" beim gemütlichen Sonntagsspaziergang bestaunen....

Wo aber bleibt der Zuwachs an erschwinglichen Mietwohnungen? Die neuesten Daten der Volkszählung haben es gezeigt. In Allensbach und den Teilgemeinden gibt es sehr viele Ein- und Zweipersonenhaushalte, junge Menschen, die am Anfang ihrer Berufstätigkeit stehen, Geringverdienende und junge Familien. Sie wollen oder können sich noch nicht festlegen und haben nicht die finanziellen Mittel, Eigentum zu erwerben. So suchen einige schon seit Jahren eine vom Mietpreis erschwingliche Wohnung. Aber Wohnungen sind auch in Allensbach rar und die Mieten außergewöhnlich hoch. Verfolgen Sie hierzu nur mal die Anzeigen im Gemeindeblatt über einen gewissen Zeitraum. Schließlich darf nicht verkannt werden, daß viele Arbeitnehmer/innen täglich nach Allensbach pendeln und damit Straße und Umwelt belasten. Deshalb fordern wir mehr Wohnraum in Allensbach durch ökologischen, flächensparenden MIETwohnungsbau. Die Gemeinde soll private Bauträger und Wohnungsgesellschaften, die Mietwohnungen für sozial Schwache erstellen, unterstützen. Z.Bsp. durch Bereitstellung gemeindeeigener Grundstücke und Festlegungen in Bebauungsplänen. Damit schafft die Gemeinde stärkere Anreize für die Erstellung von Sozialwohnungen und kann Einfluß nehmen auf die Miethöhen und die Belegung. Auf diese Weise könnte auch das an Allensbach nichtvorbeigehende Problem der Wohnungsnot insbes. auch für unsere Aussiedler, Asylbewerber und Arbeitnehmer/innen aus den Ländern Europas vorausschauend und human angegangen werden.



Die Schrumpfung
des sozialen Wohnungsbaus
(jährlich geförderte Wohnungen (Bewilligungen))



UMDENKEN - UMSTEIGEN

mit dem
Öffentlichen Personennahverkehr
auf
DIE LINIE DER VERNUNFT



Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr attraktiver gestalten durch:

- Verbesserung des Tarifverbundes zwischen Bahnbus, Bundesbahn und Stadtbussen
- schnelle Einführung des S-bahnähnlichen Verkehrsangebots (Regionalschnellbahn) auf Kreisebene
- Beibehaltung des Umweltjahresabonnements für Dauerbenutzer
- wesentlich attraktivere Preise für Bus- oder Bahnbenutzung auch bei Einzel- und Mehrpunktarten: Ziel ist es, die innerstädtischen Preise von Dettingen zu erreichen
- keine Zuschläge für Interregio-Züge im Nahverkehrsbereich
- die Fahrmöglichkeiten für Berufstätige zu den Konstanzer Arbeitsplätzen muß verbessert werden: Busverbindungen ins Industriegebiet sind erforderlich und/oder Streckenhalt der Bundesbahn im Konstanzer Industriegebiet
- Bus-Zubringer aus den Teilorten zu den Bahnverbindungen
- Fahrmöglichkeiten für "Spätbummler/innen"
- Probelauf eines "Diskobusses"
- Verbesserung der Bushaltestelle im Bereich des Bahnhofes; zusätzliche Haltestelle im Bereich Sparkasse

Die geforderten Verbesserungen sind durch wesentlich stärkere finanzielle Beteiligung der Gemeinden am Nahverkehrskonzept des Kreises erreichbar.